

Legal Actions on Clean Air

Zusammenfassung 2016 – 2019

Deutsch



RIGHT TO
CLEAN AIR

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
Das Projekt	4
Fakten und Informationen – Woher kommen die Schadstoffe und welche Wirkung haben sie?.....	5
Hintergrund und Grundlage	6
Projekt-Bilanz: Erfolge des LIFE-Projektes	8
Unterstützung der Rechtsverfahren der Europäischen Kommissions	8
Fachlicher Informationsaustausch in Europa	8
Rechtsverfahren und Klagevorhaben in Europa	9
Länderbeispiele.....	10
Aufklärung und Agenda Setting durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	12
Fachlicher Informationsaustausch in Deutschland.....	12
Entwicklung der Luftreinhaltung in Deutschland	12
Erfolge in Europa	13
Maßnahmen, die zur Verbesserung der städtischen Luftqualität umgesetzt wurden	14
After LIFE – Kommende und bleibende Herausforderungen	14
Wir kämpfen weiter für Ihr Recht auf saubere Luft!	14
Das LIFE Legal Actions Projekt in Zahlen (in den EU-Staaten)	15



Die Deutsche Umwelthilfe und die Frank Bold Society setzen sich im EU-LIFE Projekt ‚Right to Clean Air‘ für das Recht auf saubere Luft in Europa ein. Sie klären über die EU-weit geltenden Gesetze zu Luftreinhaltung und über das Recht auf eine schadstoffarme Atemluft auf. Ziel ist es, die Luftqualität in den Städten der EU-Staaten so schnell wie möglich zu verbessern und den Schutz von Gesundheit, Natur und Klima voranzutreiben. DUH und FBS unterstützen die Städte, die EU-weit geltenden gesetzlichen Grenzwerte für Luftschadstoffe einzuhalten.



„Right to Clean Air“ (LIFE15 GIE/DE/000795) wird im Rahmen des LIFE-Programms von der EU-Kommission gefördert.



Deutsche Umwelthilfe


Frank Bold



DAS PROJEKT

Alle Menschen in der Europäischen Union haben das Recht auf saubere Luft. Der Europäische Gerichtshof hat 2008 in einem Grundsatzurteil festgestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger in den EU-Staaten einen Gesetzesanspruch auf eine gesundheitlich unbedenkliche Atemluft haben. Das bedeutet: Die Städte, Regionen, Mitgliedsländer müssen dafür sorgen, dass EU-weit geltende Grenzwerte für Stickstoffoxide, Feinstaub und andere Luftschadstoffe eingehalten werden. Die EU-Kommission hat bereits Anfang des Jahrtausends Grenzwerte und Richtlinien für die Luftqualität erarbeitet, um die Menschen vor den gesundheitsschädlichen Gasen und ultrafeinen Teilchen aus den Auspuffrohren von Autos und Lastern, den Schloten von Industrieunternehmen und Kraftwerken, den Schornsteinen von privaten Kaminen und Holzfeuerungen zu schützen. Seit 2005 gelten in allen EU-Staaten der Grenzwert für Feinstaub (PM10), seit 2010 auch der Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂). Bereits 2008 ist die Richtlinie 2008/50/EG für Luftqualität und saubere Luft in Kraft getreten.

Doch die EU-Staaten verletzen das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf saubere Luft. Die Regierungen kümmern sich nicht ausreichend um die Luftreinhaltung und überschreiten in ganz Europa die gesetzlichen Grenzwerte. Das weitgehende staatliche Nichtstun hat erhebliche Folgen für Klima, Natur und die Gesundheit. Die Europäische Umweltagentur rechnet im Air Quality Report 2018 damit, dass mehr als 420.000 vorzeitige Todesfälle im Jahr 2015 auf die Folgen der Feinstaubbelastung in der Luft zurückzuführen sind. Hohe Stickstoffoxid-Konzentrationen sind demnach für etwa 79.000 vorzeitige Todesfälle in den EU-Staaten verantwortlich. Bis zu 95 Prozent der Bewohner*innen europäischer Städte sind Schadstoffkonzentrationen ausgesetzt, die ihrer Gesundheit erheblich schaden. Hauptquellen sind Industrie, Verkehr und private Kleinfeuerungsanlagen.

Mit dem Projekt Right to Clean Air (LIFE15 GIE/DE/795 LEGAL ACTIONS) haben sich die Umweltschutzorganisationen Deutsche Umwelthilfe (Deutschland) und Frank Bold Society (Tschechien) dafür eingesetzt, die Luftqualität in Europa erheblich zu verbessern. Frank Bold Society (FBS) und Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben Maßnahmen zur Luftreinhaltung vorangetrieben und über die juristischen Möglichkeiten aufgeklärt, welche außerhalb des Projektes Anwendung fanden. In zehn

EU-Staaten haben DUH und FBS die Nichtregierungsorganisationen und die Bürger*innen über die Europäische Luftqualitätsrichtlinie aufgeklärt.

Vorrangiges Ziel des Projekts war, die Umweltverbände und Menschen für das Thema Luftreinhaltung zu sensibilisieren und dazu zu befähigen, dass sie sich in den öffentlichen Beteiligungsverfahren an der Erstellung oder Überarbeitung von Luftreinhalteplänen beteiligen können. In den Aktions- oder Luftreinhalteplänen bestimmen Städte oder Regierungen wie sie die Richtlinien zur Luftreinhaltung umsetzen. Ob sie also Umweltzonen einrichten, emissionsarme Busse anschaffen, den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrradwegnetz ausbauen, um die Menschen vor Luftschadstoffen zu schützen.

Deutsche Umwelthilfe und Frank Bold Society haben sich in dem Projekt auf die drei Prinzipien der Aarhus Konvention gestützt:

- **Zugang zu Informationen**
- **Recht auf öffentliche Beteiligung**
- **Zugang zu Gerichten**

Deutsche Umwelthilfe (DUH) und Frank Bold Society (FBS) haben dafür gesorgt, dass die staatlichen Entscheidungsgrundlagen öffentlich werden und haben somit zur Transparenz staatlichen Handelns beigetragen. Mit Anträgen für neue Luftreinhaltepläne haben die Projektpartner*innen die Behörden dazu bewegt, die europäischen und die nationalen Vorgaben zur Luftqualität umzusetzen und damit ihrer Verantwortung für Gesundheitsschutz und Rechtstreue nachzukommen. Das LIFE Projekt hat dazu beigetragen, dass EU-Staaten die EU-Gesetzgebung zur Luftreinhaltung beachten und dass die Bürger*innen zur Beteiligung befähigt werden.

DUH und FBS haben europaweit auf zahlreichen Veranstaltungen über die Luftreinhaltung und die EU-Gesetzeslage informiert. Zusätzlich wurde die Bevölkerung in den EU-Staaten durch umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über Luftqualität aufgeklärt. Mit dieser Qualifizierung der Bevölkerung und der staatlichen Entscheidungsträger*innen hat das LIFE Projekt in zahlreichen EU-Staaten die Maßnahmen für eine Luftqualitätsverbesserung angestoßen und gesteigert. Entscheidend für das Gelingen des Projektes waren:

- **Umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen Entwicklungen der Luftreinhaltung in der EU und in den Mitgliedstaaten**
- **Hinweise auf Fördermöglichkeiten für Städte und Kommunen**
- **Informationen über Best Practice Maßnahmen in verschiedenen EU-Staaten**
- **Hinweise auf Möglichkeiten der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung**
- **Beratung über juristische Möglichkeiten, wenn Luftqualitäts-grenzwerte deutlich und langfristig überschritten werden**

FAKTEN UND INFORMATIONEN – WOHER KOMMEN DIE SCHADSTOFFE UND WELCHE WIRKUNG HABEN SIE?

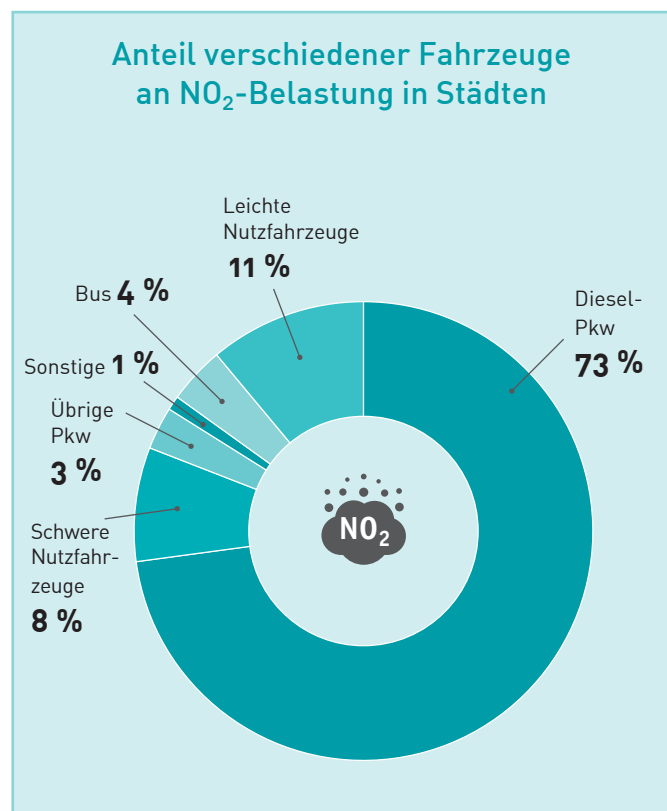
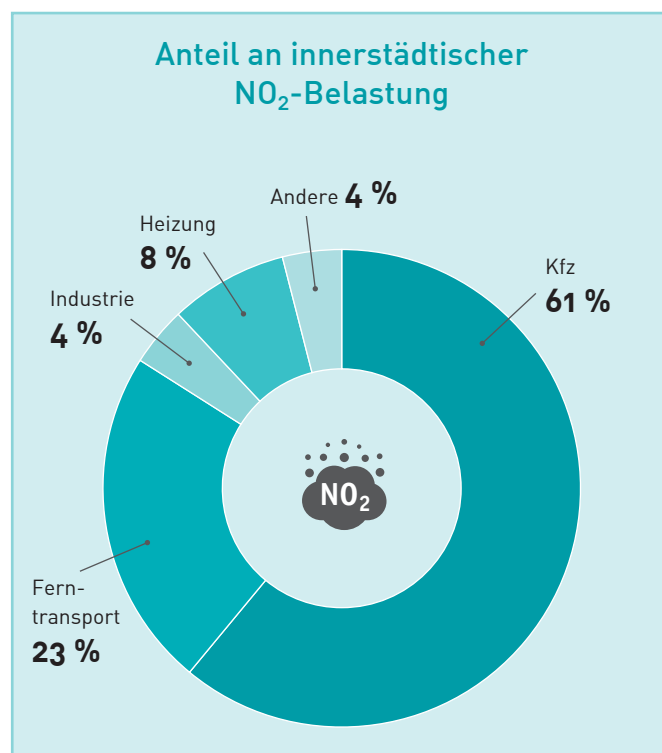
Luftschadstoffe stammen aus unterschiedlichen Quellen. Feinstaub entsteht unter anderem durch Emissionen aus Kraftfahrzeugen, Kraft- und Fernheizwerken, Öfen und Heizungen in Wohnhäusern, Landwirtschaft und Industrie. In Ballungsgebieten und Städten stammt der meiste Feinstaub aus dem motorisierten Straßenverkehr. Bei Verbrennungsprozessen im Motor entstehen Feinstäube und gelangen in die Luft. Aber auch Bremsen- und Reifenabrieb sowie die Aufwirbelung des Staubes von der Straßenoberfläche verursachen eine Feinstaubbelastung in der Umgebungsluft.

Stickstoffoxide (Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid) entstehen als Produkte unerwünschter Nebenreaktionen bei Verbrennungsprozessen. Hauptquellen von Stickstoffoxiden sind Diesel-Verbrennungsmotoren, weshalb in Ballungsgebieten ebenfalls der Straßenverkehr die bedeutendste Quelle von Luftschadstoffen ist.

Die Schadstoffe sind vor allem für gesundheitlich beeinträchtigte Menschen sowie für Kinder und ältere ein gesundheitliches Risiko. Die kleinen Feinstaubpartikel gelangen über die Atemwege in den Organismus. Sie erhöhen das Risiko der Menschen, an Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen sowie Lungenkrebs zu erkranken. Je kleiner die Partikel sind, desto weiter können sie in den menschlichen Organismus eindringen und desto schwerwiegender sind die gesundheitlichen Auswirkungen.

Stickstoffdioxid hingegen ist ein Reizgas, das auf die Atemwege wirkt. Dabei kann es Asthma verursachen oder verschlimmert bereits vorhandene Asthma-Erkrankungen, führt zum Anstieg entzündlicher Prozesse und allergischer Reaktionen sowie zu einer Verringerung von Lungenfunktionen.

Feststeht, dass die gesundheitliche Wirkung der Luftschadstoffe nicht unterschätzt werden darf und dass aus diesem Grund entsprechende Grenzwerte festgelegt wurden.



» Feinstaub und NO₂ sind Killer [...] NO₂ wird in der Lunge durch chemische Veränderungen zu Salpetersäure. Es kommt zu Schleimhautreizungen und lokalen Entzündungen in den Bronchien oder den Lungenbläschen. «

Norbert Mülleneisen, Gründer des Asthma- und Allergie-Zentrums Leverkusen

HINTERGRUND UND GRUNDLAGE

Die EU Luftqualitätsrichtlinie – Rechtliche Grundlage für Saubere Luft in Europa

Die rechtliche Grundlage für saubere Luft in Europa bilden insbesondere die Richtlinie 96/62/EG zur Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität vom 27. September 1996 und die Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa, die am 21. Mai 2008 in Kraft trat. Die Richtlinien legen Grenzwerte für die Schadstoffkonzentration in der Außenluft fest. Diese Richtlinien und die darin festgelegten Grenzwerte wurden von den Mitgliedstaaten im jeweils nationalen Recht verankert. Werden Luftqualitätsgrenzwerte überschritten, sind die zuständigen Behörden verpflichtet, Aktions- bzw. Luftreinhaltepläne zu erstellen. Diese müssen sicherstellen, dass der Zeitraum der Überschreitung so kurz wie möglich ist.

Was sind Luftreinhaltepläne?

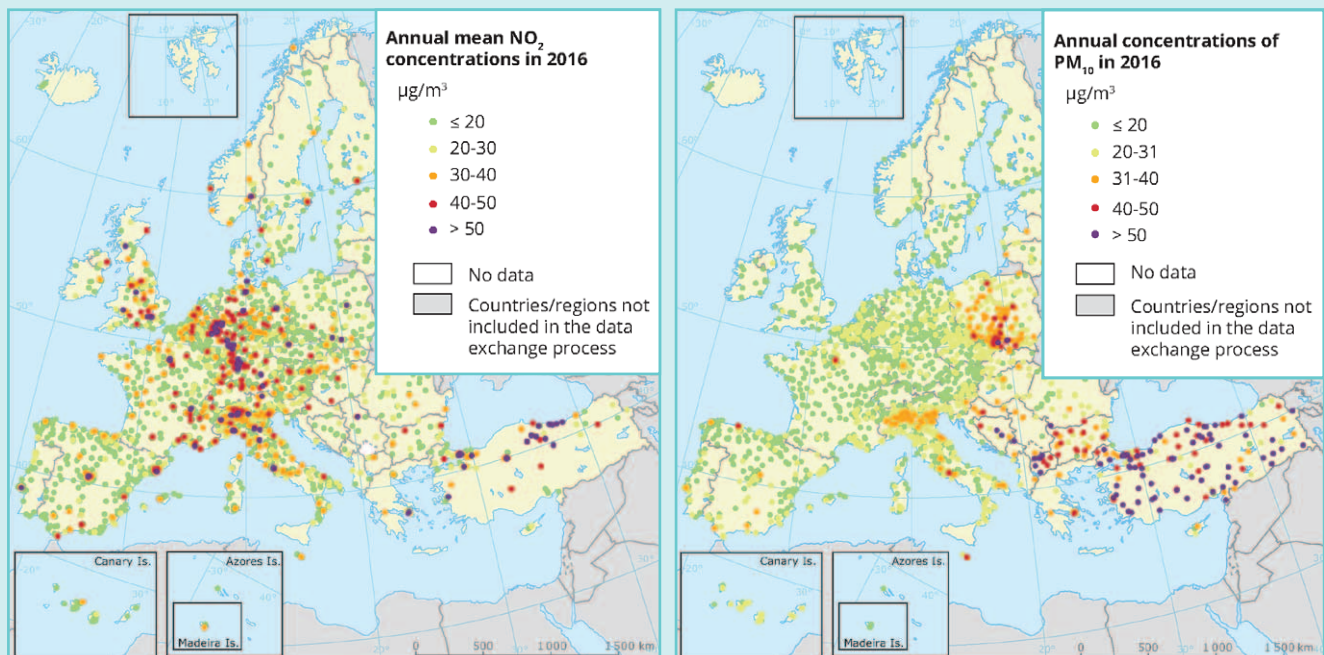
Luftreinhaltepläne sind Aktionspläne, die von den zuständigen Behörden bei der Überschreitung der rechtlich geltenden Grenzwerte erstellt werden müssen. Ziel ist es, Maßnahmen zu beschließen, durch die eine Schadstoffbelastung minimiert und der Grenzwert schnellstmöglich eingehalten werden kann. Die in einem Luftreinhalteplan festgeschriebenen Maßnahmen sind rechtlich bindend und müssen von den Behörden umgesetzt werden.

Zum Schutz der Gesundheit, der Natur und des Klimas müssen die zuständigen Behörden eine schnelle Grenzwerteinhaltung durch die Umsetzung wirksamer Maßnahmen sicherstellen. Wo dies nicht geschieht, nutzen die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Frank Bold Society (FBS) oder die internationale Nichtregierungsorganisation (NRO) ClientEarth das jeweils nationale Rechtssystem, um die Versäumnisse der Mitgliedstaaten zu beheben und das Recht auf saubere Luft juristisch durchzusetzen.

Das Recht auf Saubere Luft - Welche Rechte haben EU-Bürger*innen?

1. Recht auf die Einhaltung der EU-Grenzwerte
2. Recht auf Erstellung eines Luftreinhalteplans bei Überschreitung der Grenzwerte
3. Recht auf regelkonforme Überwachung der Luftqualität am höchstbelastetsten Standort
4. Recht auf Informationen über erhobene Daten zur Luftqualität

Luftqualität in Europa 2016



Die Abbildung stammt von der European Environment Agency aus dem Jahr 2018.

Die geltenden Grenzwerte für Luftschadstoffe

Feinstaub (PM10)	Feinstaub (PM2.5)	Stickstoffdioxid (NO ₂)
<ul style="list-style-type: none"> ➤ 40 µg/m³ im Jahresmittel ➤ 50 µg/m³ im Tagesmittel an höchstens 35 Tagen im Kalenderjahr ➤ verbindlich seit 2005 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ 20 µg/m³ im Jahresmittel ➤ verbindlich seit 2015 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ 40 µg/m³ im Jahresmittel ➤ 200 µg/m³ im Tagesmittel an höchstens 18 Tagen im Kalenderjahr ➤ verbindlich seit 2010

Entscheidungen des Europäischen Gerichtshof – das Recht auf Saubere Luft

Das Recht auf saubere Luft wurde vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) mehrfach bestätigt. Am 25. Juli 2008 bestätigte der EuGH das einklagbare Recht auf saubere Luft in einem von der Deutschen Umwelthilfe unterstützten Verfahren in München (Aktenzeichen M 1 K 12.1046, Janecek-Fall). Am 19. November 2014 entschied der EuGH (C-404/13) in einem Verfahren der Organisation ClientEarth gegen das Vereinigte Königreich, dass die nationalen Gerichte verpflichtet sind, gegenüber den zuständigen Behörden jede erforderliche Maßnahme zu erlassen, wenn Luftqualitätsgrenzwerte überschritten werden. Am 26. Juni 2019 hat der EuGH bezüglich eines Rechtsstreits um die Brüsseler Messstationen (C-723/17) mit seinem Urteil klargestellt, dass jede Bürgerin und jeder Bürger einen Rechtsanspruch darauf haben, dass die Belastung durch Luftschadstoffe an jenem Ort gemessen wird, wo auch die höchste Konzentration vorherrscht bzw. zu erwarten ist. Daraus resultiert erneut die Stärkung der Bedeutung der Luftschadstoffgrenzwerte. So müssen die rechtlich bindenden Grenzwerte an jedem einzelnen Ort, an dem Menschen sich aufgehalten, eingehalten werden. Jegliche Überschreitung



25.07.2008

- **einklagbares Recht** auf Saubere Luft wird **bestätigt**



19.11.2014

- nationale Gerichte sind **verpflichtet, jegliche erdenkliche Maßnahme zu erlassen**, wenn Grenzwerte überschritten sind



26.06.2019

- die rechtlichen Grenzwerte für Luftschadstoffe müssen **an jedem Ort**, auch an dem höchstbelastetsten, **eingehalten werden**
- Bürgerinnen und Bürger haben **ein Recht auf Messungen** am höchstbelastetsten Ort

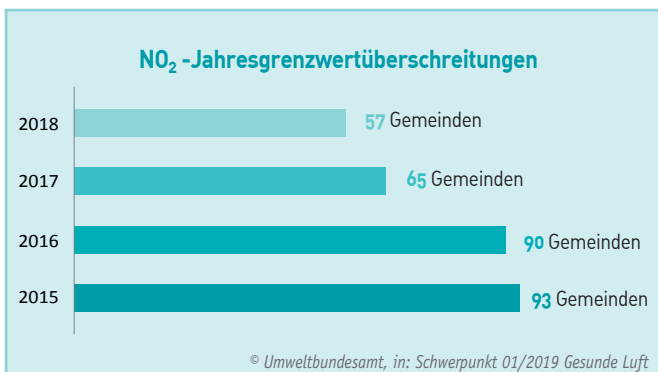


stellt somit einen Rechtsverstoß dar, gegen den mit juristischen Mitteln vorgegangen werden kann.

PROJEKT-BILANZ: ERFOLGE DES LIFE-PROJEKTES

Seit Beginn des Projekts 2016 hat das Thema saubere Luft vor allem aufgrund der Kampagnenarbeit und des Drängens der Zivilgesellschaft zur Einhaltung von gesundheitsrelevanten Grenzwerten in den EU-Staaten an Beachtung gewonnen. Die Projektpartner haben die Medien mit umfangreicher Pressearbeit auf die aktuellen Belastungen und juristischen Maßnahmen zur Luftreinhaltung aufmerksam gemacht. Mit der fortwährenden Berichterstattung auch zu den nicht durch das Projekt finanzierten Klagen und Prozessen in sozialen Medien, auf Pressekonferenzen und in Pressemitteilungen hat das Projekt eine gesellschaftliche Debatte in der breiten Öffentlichkeit über die Auswirkungen von Luftschadstoffen und die Einhaltung der europäischen Grenzwerte entfacht.

Insgesamt ist die Zahl der Kommunen in Deutschland gesunken, in denen die Grenzwerte für Luftschadstoffe überschritten werden. Laut Umweltbundesamt überschritten 2016 noch 90 Städte die Stickstoffdioxid-Grenzwerte. Bis 2018 hat sich die Anzahl der Gemeinden mit einer NO₂-Grenzwertüberschreitung um mehr als ein Drittel reduziert. Im Jahr 2019 weisen laut vorläufigen Zahlen nur noch **40** Städte Grenzwertüberschreitungen auf.



Die deutsche Bundesregierung hat ein **Förderprogramm** über 2 Milliarden Euro beschlossen. Mit dem Geld will Deutschland die Elektrifizierung und Digitalisierung des Verkehrs vorantreiben. Zudem sollen Kommunen die Busse im öffentlichen Nahverkehr, schwere und leichte Nutzfahrzeuge und andere städtische Fahrzeuge mit sauberer Technik nachrüsten (Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020).

Die EU entwickelt Kriterien für die umweltorientierte öffentliche Beschaffung (GPP). Die Projektpartner haben an der Entwicklung der neuen Kriterienkataloge im Bereich Straßenverkehr (veröffentlicht im Januar 2019) und Pflege des öffentlichen Raums (veröffentlicht im November 2019) mitgewirkt.

Luftschadstoffemissionen sind ein wesentlicher Aspekt der GPP-Kriterien. Der Kriterienkatalog im Bereich Straßenverkehr legt sowohl als „Kernkriterien“ als auch als „umfassende Kriterien“ die Erfüllung

des Euro VI Abgasstandards für Busse fest. Da die Flottenerneuerung lange Zeit in Anspruch nimmt, hat die Bundesregierung Fördergelder zur Nachrüstung von Bussen bereitgestellt, um die Stickoxidemissionen aus Busflotten so schnell wie möglich zu reduzieren. In einem Hintergrundpapier, das an alle förderberechtigten Städte und Nahverkehrsunternehmen geschickt wurde, bei einem Fachgespräch in Berlin und im Rahmen von Stellungnahmen zu Luftreinhalteplänen haben wir erfolgreich für die Nachrüstung älterer Dieselflotten geworben. Als Ergebnis der Arbeit haben sich zahlreiche Verkehrsunternehmen verpflichtet die GPP-Kriterien einzuhalten. Die Verkehrsunternehmen aus **38** Städten haben sich verpflichtet ausschließlich Euro VI Busse zu beschaffen und bestehende Busflotten auf den Euro VI Emissionsstandard nachzurüsten. Bis zum Ende des Projekts wurden mehr als 2.000 Busse mit Abgasreinigungssystemen nachgerüstet.

UNTERSTÜTZUNG DER RECHTSVERFAHREN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Die Europäischen Kommission hat einige Mitgliedsstaaten mit Vertragsverletzungsverfahren konfrontiert, weil diese nicht genug unternehmen, um die Grenzwerte endlich einzuhalten. Dazu zählen Deutschland, Frankreich, Rumänien, Italien, Ungarn und das Vereinigte Königreich. Die Projektpartner haben wesentliche Informationen zu den Messstationen, zu Gerichtsurteilen in Deutschland sowie Ergebnisse weiterer NO₂-Messungen an die Kommission übermittelt. Der Europäische Gerichtshof hat mittlerweile Frankreich verurteilt, die Grenzwerte schnellstmöglich einzuhalten. Weitere Urteile werden in Kürze folgen. Mit ihrer Arbeit unterstützen die Projektpartner die Ziele der Europäischen Kommission die Einhaltung europäischer Umweltgesetzgebung zu verbessern und allen Bürger*innen der EU saubere Atemluft zu gewähren.

FACHLICHER INFORMATIONSAUSTAUSCH IN EUROPA

Das Thema Luftreinhaltung hat aufgrund der juristischen Einklagbarkeit an Brisanz gewonnen. Die mediale Berichterstattung hat das Interesse an der Luftreinhaltung geweckt. Bürger*innen, staatliche Entscheidungsträger*innen sowie Nichtregierungsorganisationen wollten wissen, welche Gesetze und Grenzwerte gelten und welche gesundheitlichen Auswirkungen die Schadstoffe in der Luft haben. Der Bedarf an aktuellen und umfangreicheren Informationen ist während der Projektlaufzeit gewachsen. DUH und FBS haben zahlreiche Informations- und Gesprächsveranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen in Berlin, Brüssel und in zahlreichen EU-Staaten organisiert. In neun EU-weiten Workshops haben die Expert*innen von DUH und FBS über die Folgen der Luftreinhaltung und die Möglichkeiten rechtlicher Schritte für Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen und Jurist*innen in den jeweiligen Veranstaltungsländern aufgeklärt und die nationalen und regionalen Besonderheiten diskutiert. Die Projektpartner*innen waren eng in Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene eingebunden,

»Trotz aller Appelle von uns Lungenfachärzten ist nichts passiert. Jetzt gibt es durch die Gerichtsurteile endlich mal Aktivität. Das ist für uns eine unschätzbare Hilfe.«

Michael Barczok, Lungenfacharzt in Ulm und Sprecher des Bundesverbandes der Pneumologen zitiert von der Deutschen Welle am 26.02.2018.

haben an zahlreichen Veranstaltungen in verschiedenen EU-Staaten als Referenten teilgenommen und mit regelmäßigen Newslettern, einer Projektwebsite, Webinaren und Vorträgen das Thema Luftqualität auf der Agenda gehalten.

RECHTSVERFAHREN UND KLAGEVORHABEN IN EUROPA

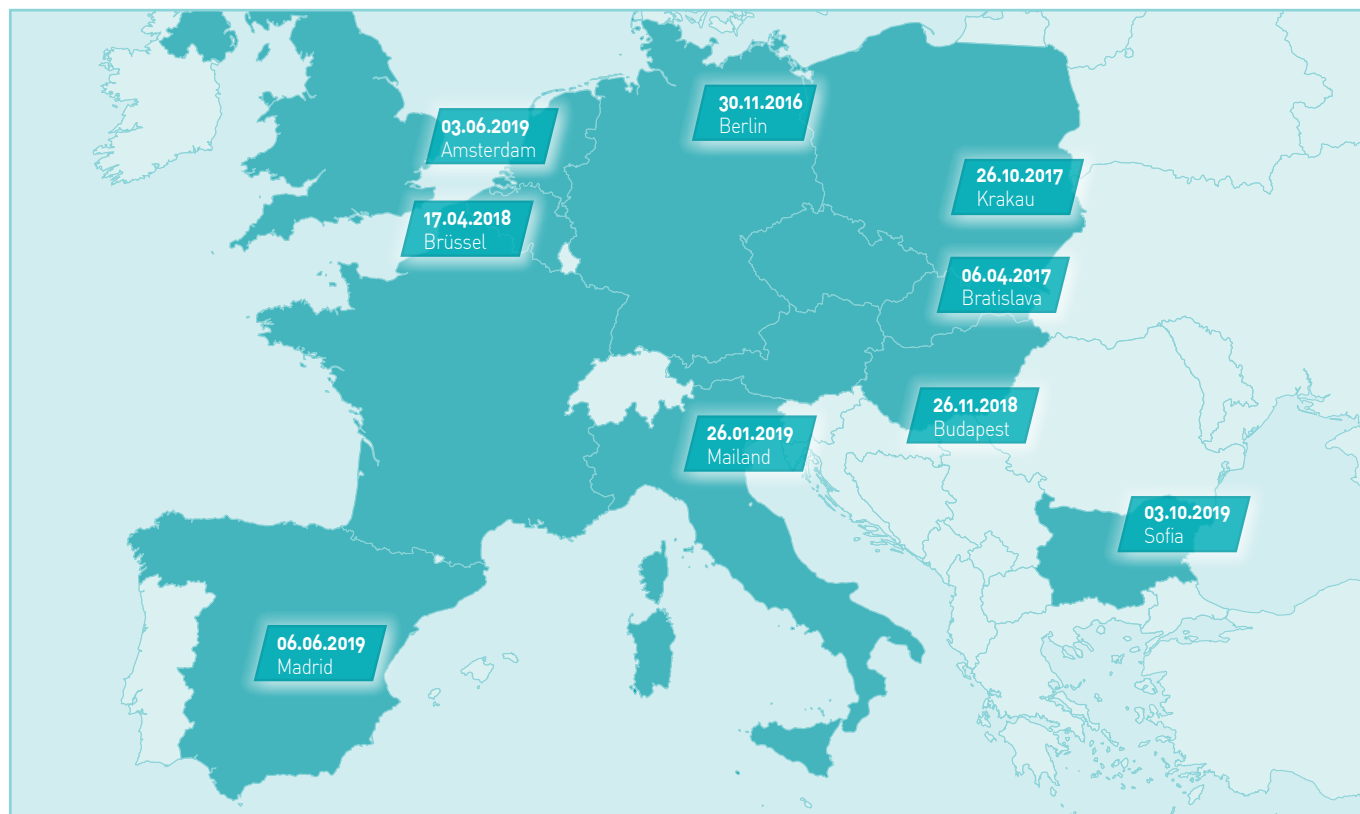
Das LIFE Legal Actions Projekt hat mit der Netzwerkarbeit Aktivitäten für die Luftreinhaltung in mindestens sechs der Staaten angestoßen, in denen Workshops veranstaltet wurden. Ein deutliches Zeichen für die positive Projektwirkung. In Ungarn, Italien und Tschechien haben Umweltschutzorganisationen Klagen auf neue Luftreinhaltepläne eingereicht. Zu vielen weiteren Klagevorhaben entstand, wie zum Beispiel in Rumänien,

zwischen den Projektpartner*innen und den örtlichen Organisationen ein enger Austausch über die Strategie und die rechtlichen Möglichkeiten. In den Niederlanden und in Spanien hat das Projekt Kampagnen zur Luftreinhaltung und deren rechtlicher Durchsetzung unterstützt.

Die Organisationen haben innerhalb des Netzwerks juristische Strategien miteinander geteilt, die Klageschriften und Gerichtsurteile übersetzt und im Netzwerk herumgeschickt. Alle Beteiligten haben diesen Informationsfluss als äußerst hilfreich für ihre Arbeit empfunden. Denn gerade die Urteile der höchsten nationalen Gerichte in den EU-Staaten und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs sind für die Rechtsprechung in allen EU-Mitgliedsstaaten relevant. Die Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen konnten dank des gut funktionierenden Netzwerks vom Wissen und der Erfahrung der anderen Organisationen in den unterschiedlichen EU-Staaten profitieren. Sie haben die juristischen Kenntnisse über die Verfahren und Urteile auch aus anderen EU-Staaten für ihre lokale Arbeit genutzt. Die gute Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hat schließlich dazu beigetragen, dass das europäische Recht für die Luftqualität in mehr EU-Staaten umgesetzt wird.

Kennengelernt und vernetzt haben sich die Organisationen, Initiativen und einzelnen Akteur*innen auf unseren Workshops in den jeweiligen Ländern. Das EU LIFE Projekt hat also erst das Netzwerk geschaffen und die vielen fruchtbaren Aktivitäten ermöglicht. Quer durch die Europäische Union hat unser Projekt die Menschen zusammengebracht, die für die Luftqualität in ihren Ländern und für die Umsetzung der entsprechenden EU-Bestimmungen arbeiten.

LIFE Legal Actions Capacity Building Workshops 2016-2019



LÄNDERBEISPIELE

Polen: Bei dem Workshop in Krakau ging es schwerpunktmäßig um Kleinf Feuerungsanlagen, die in Polen wichtigste Verschmutzungsquellen. Daher fand der Workshop in Kooperation mit dem EU LIFE Projekt ‚Clean Heat‘ statt. Aus der Arbeit auf dem Workshop entstand eine Zusammenarbeit zwischen dem LIFE Legal Actions Projekt und der Frank Bold Society Polen. Mit finanzieller und inhaltlicher Unterstützung des LIFE-Projektes hat die Frank Bold Society zwei Rechtsverfahren zur Verbesserung der Luftqualität in Polen angestoßen. Die Organisation hat gegen einen Unternehmer geklagt, der das Entfernen von Dieselpartikelfiltern bewarb. In einem weiteren Verfahren hat FBS Polen gegen den Verkauf illegaler Holz- und Kohleöfen geklagt. Beide Klagen waren erfolgreich, Werbung und Angebot verschwanden vom Markt.

Niederlande: Mit der niederländischen Umweltschutzorganisation Milieudéfense haben wir einen Workshop in Amsterdam organisiert. Auch in den Niederlanden belastet NO₂ aus den Abgasen der Dieselfahrzeuge die Atemluft in den Großstädten, obwohl sehr viele Menschen dort mit dem Fahrrad fahren. Auf dem Workshop wurde klar, dass die NROs aus Zeit- und Geldmangel vor Klagen zurückschrecken. Ihnen fehlt die Finanzierung, zudem fürchten sie den hohen Zeitaufwand bis zu einem Urteil der sehr aufwändigen Verfahren. Dennoch nahm eine Bürgerinitiative nach dem Workshop den Kampf für Saubere Luft in Amsterdam an und startete ein Crowdfunding zur Finanzierung einer neuen Klage. Das Right to Clean Air Projekt unterstützte das Vorhaben und bewarb das Crowdfunding im Projekt Netzwerk.

Italien: Die italienische Umweltschutzorganisation Cittadini per l’Aria kämpft seit Jahren für eine bessere Luftqualität in der Region Lombardei und der dortigen Hauptstadt Mailand. Die Umweltschützer*innen aus Norditalien schätzen seit langem die Zusammenarbeit mit den Projektpartner*innen DUH und FBS. In vielen Gesprächen und bei zahlreichen Netzwerktreffen haben sich die Expert*innen der Organisationen über die fachlichen und juristischen Fragen der Luftreinhaltung ausgetauscht. Cittadini per l’Aria nahmen an den Projekt-Workshops in Berlin und Brüssel teil. Sie nutzten Wissen, Unterstützung und politischen Drive des Brüsseler Workshops, um im Juli 2018 mit finanzieller Unterstützung von ClientEarth Klage gegen die Regionalregierung der Lombardei einzureichen. Per Gerichtsurteil wollen sie einen neuen Luftreinhalteplan durchsetzen, um den Gesundheitsnotstand in einer der schmutzigsten Gegenden Europas zu beenden. Zudem haben DUH und FBS gemeinsam mit Cittadini per l’Aria einen Workshop in Mailand organisiert und damit Nichtregierungsorganisationen aus den italienischen Regionen Südtirol, Venetien und Latium erreicht.

Spanien: Mit der spanischen Organisation Ecodes organisierten DUH und FBS einen Workshop in Madrid, der kurz nach den Kommunalwahlen stattfand. Ein Thema im Wahlkampf war die erst wenige Monate zuvor eingerichtete Low-Emission Zone Madrid Central. Die neu gewählte Kommunalregierung setzte die Strafen bei Verstößen gegen die Fahrverbotszone aus – die Umweltzone war damit wirkungslos. Die spanische Umweltschutzorganisation Ecologistas en Acción hatte zuvor nachgewiesen, dass die Zone die NO₂-Belastung in Madrid erheblich mindert. Ecologistas en Acción nahmen ebenfalls an dem





Workshop teil und baten um Unterstützung der anderen europäischen Umweltschutzorganisationen für den Erhalt der Umweltzone. Das LIFE Projektteam schrieb einen Brief an den spanischen Botschafter in Deutschland und verwies auf das Recht auf saubere Luft. Die DUH hatte in Deutschland bereits erfolgreich gegen die Abschaffung der Umweltzone in Hannover geklagt, so dass die DUH die Ecologistas en Acción in Madrid mit juristischem Hintergrundwissen unterstützen konnte. Die Organisation of Consumers and Users (OCU), die ebenfalls an dem Workshop teilgenommen hat, bereitet zurzeit mehrere Klagen für Saubere Luft in Spanien vor.

Ungarn: Die ungarische Umweltschutzorganisation Clean Air Action Group arbeitet seit vielen Jahren mit der DUH und der FBS an der Umsetzung der europäischen Luftreinhaltegesetzgebung. In den Arbeitsgruppen der europäischen Dachverbände European Environmental Bureau und Transport & Environment haben die drei Organisationen ihre Positionen geschärft. In gemeinsamen Projekten und in regelmäßigen Gesprächen haben Clean Air Action Group, DUH und FBS taktische Schritte für die Umsetzung der Richtlinien erarbeitet. Nur wenige Tage nach dem gemeinsamen Workshop in Budapest reichte die Clean Air Action Group Ende 2018 eine Klage auf die Erstellung eines Luftreinhalteplans für Budapest ein. Finanziell unterstützt wird die ungarische Organisation von der internationalen Umweltrechtsorganisation ClientEarth. In der Klage fordert die Clean Air Action Group eine Verminderung der Feinstaubbelastung und erstmalig auch Maßnahmen, die die NO₂-Belastung in der vom motorisierten Straßenverkehr belasteten, ungarischen Hauptstadt vermindern.

Rumänien: Mitarbeiter*innen des LIFE-Projekts bei der DUH haben in mehreren Telefonaten mit ihren Kolleg*innen der rumänischen Umweltschutzorganisation ‚Asociatia Justitie si Mediu‘ über die juristischen Möglichkeiten einer Klage gegen die Luftverschmutzung in Bukarest beraten. Nach intensivem Austausch haben sich die Expert*innen der NROs in Berlin getroffen, um über das strategische Vorgehen und die Finanzierung einer Klage zu sprechen. Die Zusammenarbeit war erfolgreich: 2019 reichte Asociatia Justitie si Mediu eine Klage wegen Überschreitung der Grenzwerte und Verletzung der Luftqualitäts-Richtlinie in Bukarest ein.

Bulgarien: Auf dem zusammen mit Za Zemiata organisierten Workshop in Sofia haben sich die Expert*innen von DUH, FBS und den bulgarischen Luftreinhalteinitiativen intensiv über Probleme in Bulgarien ausgetauscht. Die bulgarischen Teilnehmer*innen beklagten besonders die schlechte Datenlage. Da staatliche Stellen die Luftschadstoffe nicht messen, fehlt der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, die Luftqualität einzuschätzen und Maßnahmen von der Regierung zu fordern. Das Projekt stellte daher sein Netzwerk zur Verfügung und vermittelte Kontakte, um selbst Messungen in Bulgarien zu organisieren. Die Daten können anschließend von Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen genutzt werden, um das Bewusstsein in der bulgarischen Bevölkerung zu erhöhen und vom Staat wirksame Maßnahmen zu fordern. Auf Grundlage der ermittelten Daten sollen zukünftig gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden. Insofern war das Treffen in Sofia auch eine Initialzündung für weitere Aktivitäten und Kooperationen.

AUFKLÄRUNG UND AGENDA SETTING DURCH PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat wesentlich zum Erfolg des Projekts beigetragen. Regelmäßige Pressemitteilungen haben die klassischen Medien über Gerichtsverfahren und Urteile, die Gesundheitsgefahren der Luftschadstoffe und wirksame Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung informiert. Mit Informationsvideos und Broschüren hat das Projekt zudem über die Gesundheitswirkung von Luftschadstoffen aufgeklärt und das Bewusstsein der Bürger*innen für das Recht auf Saubere Luft geschärft.

Insgesamt konnten mit den unterschiedlichen Medien über 60 Millionen Menschen erreicht werden. Mit Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien hat das Projekt auf unterschiedlichen Kanälen regelmäßig 73.000 Nutzer*innen erreicht. Zudem haben die Mitarbeiter*innen des LIFE Projekts mehr als 2.000 individuelle Anfragen von Bürger*innen beantwortet und zahlreiche Hintergrundgespräche mit Journalist*innen geführt.

FACHLICHER INFORMATIONSAUSTAUSCH IN DEUTSCHLAND

Mit einem etablierten Expertenkreis aus Industrie, Verwaltung, Politik und Interessensverbänden wurden bei regelmäßigen Fachgesprächen aktuelle Informationen ausgetauscht. Themen wie Hardware-Nachrüstung, unterschiedliche Emissionsquellen, Emissionsmessung, Immissionsberechnung und neue Regulierungen wurden vorgestellt und diskutiert. Durch das offene Diskussionsklima wurde ein Stakeholder übergreifender Dialog etabliert und gepflegt. Insbesondere die technischen und regulatorischen Erkenntnisse wurden an die Organisationen im Netzwerk weitergegeben. Dazu zählen Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Software-Updates an Dieselfahrzeugen sowie die technischen Möglichkeiten von Hardwarenachrüstungen. Mit der Bereitstellung neuer Erkenntnisse und eigener Messungen sowie aktueller Studien konnte auf regulatorische Aktivitäten Einfluss genommen werden, wodurch zum Beispiel die Datenlage des Handbuchs für Emissionsfaktoren (HBEFA) verbessert wurde und Hemmnisse bei der Abrufung von Fördermitteln abgebaut werden konnten.

ENTWICKLUNG DER LUFTREINHALTUNG IN DEUTSCHLAND

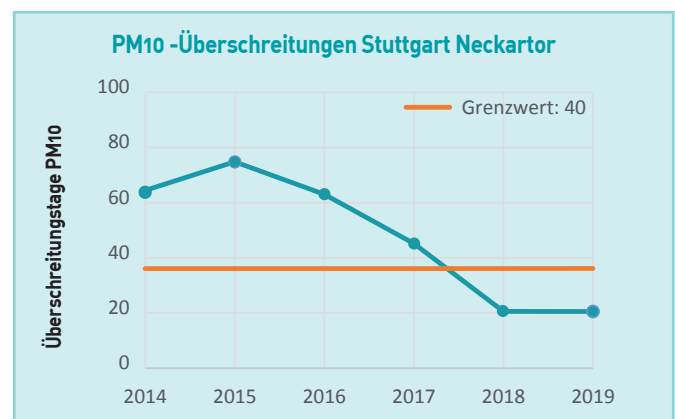
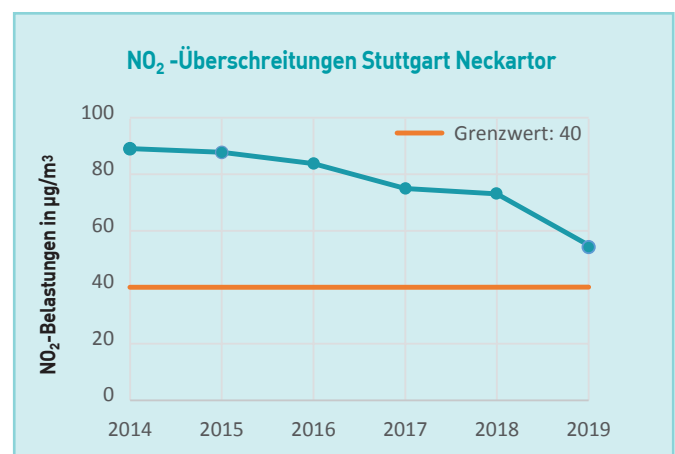
Während der Projektlaufzeit wurden für **13** Städte Urteile für bessere Luft erzielt. Sämtliche Klagen wurden unabhängig des LIFE-Projektes eingereicht und finanziert, sind aber Grundlage für die Kampagnenarbeit, um auf die Notwendigkeit der Einhaltung der rechtlich bindenden Grenzwerte hinzuweisen.

Durch zahlreiche Stellungnahmen zu Luftreinhalteplänen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachgespräche und nicht zuletzt juristische Entscheidungen konnte die Erstellung von **23 neuen Luftreinhalteplänen** erreicht

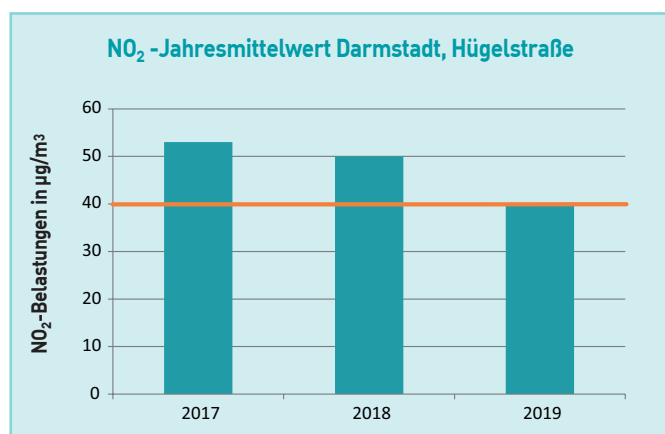
werden. Maßnahmen, die den ÖPNV und Radverkehr fördern und besonders schmutzige Fahrzeuge limitieren sind der Erfolg dieser Luftreinhaltepläne.

Das Regierungspräsidium **Stuttgart** hat nach jahrelangem Druck der Zivilgesellschaft und insbesondere der Projektpartner, einen neuen Luftreinhalteplan erarbeitet. Zum 1. Januar 2019 wurde das erste zonale und stadtweite Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge bis einschließlich der Abgasnorm Euro 4/IV angeordnet. Eine Erweiterung auf Diesel-Fahrzeuge der Abgasnorm Euro 5/V wird 2020 folgen. Stuttgart hat mit dieser Weiterentwicklung der Umweltzone anderen Städten ein Beispiel gegeben. Die Fahrverbote für die genannten Dieselfahrzeuge wirken sich 2019 bereits auf die Luftqualität aus – die NO₂-Belastung sinkt alleine im Jahr seit Umsetzung der Maßnahme von 71 auf 53 µg/m³. Das höchste deutsche Gericht in diesem Fall, das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, hatte im Februar 2018 in einem Grundsatzurteil entschieden, dass Fahrverbote rechtmäßig und notwendig sind.

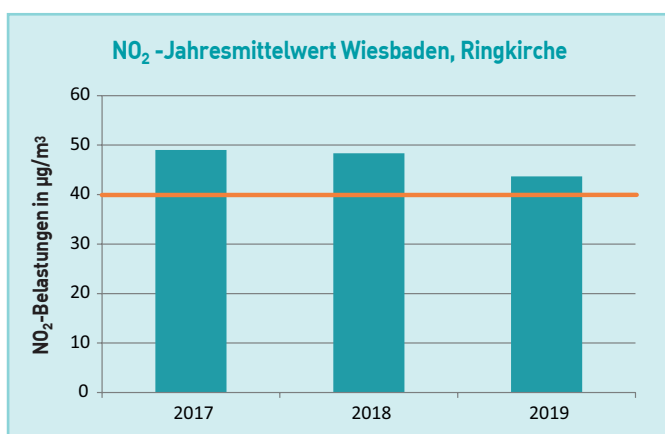
Seit 2018 wird in Stuttgart auch die rechtlich vorgegebene Höchstanzahl an Überschreitungstagen für Feinstaub PM₁₀ eingehalten. Zwei Jahre zuvor hatte das Land im gesamten Stadtgebiet verboten an besonders belasteten Tagen Komfortkamine zu nutzen. An diesen Tagen mit hoher Feinstaubbelastung vergünstigt Stuttgart die Ticketpreise für den ÖPNV, um die Menschen zum Umstieg vom Auto in den Bus und die Straßenbahn zu bewegen. Beide Maßnahmen senken die Feinstaubbelastung (PM₁₀).



In **Darmstadt** führten Verhandlungen mit den Behörden dazu, dass die Stadt Fahrverbote auf den Straßen mit zu hohen NO₂-Werten und Grenzwertüberschreitung erlassen hat. Dieselfahrzeuge einschließlich der Abgasnorm Euro 5/V dürfen seit Juni 2019 auf zwei belasteten Hauptstraßen nicht mehr fahren. Außerdem hat Darmstadt Autospuren zu Bus- und Fahrradspuren umgewandelt. Beide verkehrspolitischen Maßnahmen senken die Stickstoffdioxid-Belastung.



Wiesbaden hat sich Anfang 2019 für die Verkehrswende entschieden und stellt 400 Millionen Euro dafür bereit. Der ÖPNV soll verbessert, der Radverkehr schnell ausgebaut werden. Zwei Tage vor der entscheidenden Gerichtsverhandlung veröffentlichte das zuständige Umweltministerium Hessen den neuen Luftreinhalteplan. Ein deutlicher Erfolg, der auf die stetige Kommentierung der Luftreinhaltemaßnahmen und auch auf den juristischen Druck zurückzuführen ist. Spätestens 2020 wird Wiesbaden die Grenzwerte einhalten.



ERFOLGE IN EUROPA

Neben den zuvor genannten Länderbeispielen, in denen die Behörden in den jeweiligen EU-Staaten zur Umsetzung von Luftreinhaltemaßnahmen und zur Einhaltung der EU-Richtlinien gebracht werden, gibt es bereits ganz konkrete Erfolge für saubere Luft.

Die Aktivitäten von Frank Bold in **Tschechien** und die Klageerhebung Ende 2018 gegen das tschechische Umweltministerium zeigen Wirkung. Das Ministerium hat vier weitere Luftreinhaltepläne veröffentlicht. Auch diese Klage wurde unabhängig des Projektes finanziert, zeigt aber, dass der öffentliche Druck der Gerichtsverfahren wirkt und zusätzliche Anstrengungen der Verwaltungen anregt.

In **Italien** kämpft die Umweltschutzorganisation Cittadini per l'Aria seit Jahren mit rechtlichen Mitteln für saubere Luft in der nördlichen Region Lombardei. Auch rund um Mailand führt die Klageerhebung zu erhöhtem Umsetzungsdruck bei den zuständigen Behörden. Im Februar 2019 wurde in Mailand die bereits bestehende Fahrverbotszone im Stadtkern auf das gesamte Stadtgebiet erweitert und verschärft. Im Oktober 2019 wurde das Fahrverbot auf Fahrzeuge höherer Schadstoffklassen ausgeweitet. Für 2022 und 2025 sind weitere Verschärfungen geplant.



MAßNAHMEN, DIE ZUR VERBESSERUNG DER STÄDTISCHEN LUFTQUALITÄT UMGESETZT WURDEN

- **Diesel-Fahrverbote in besonders mit NO₂ belasteten Gebieten**
- **Nachrüstung kommunaler Fahrzeuge mit SCRT-Systemen zur Abgasnachbehandlung**
- **Finanzielle Förderung der Nachrüstung von Dieselbussen, Handwerker- und Lieferfahrzeugen und schweren Kommunalfahrzeugen wie z.B. Müllfahrzeuge**
- **Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit**
- **Ausbau und engere Taktung des ÖPNV, Einführung eines Bürgertickets (365-Euro-Ticket)**
- **Radwegeausbau zu Lasten von Autofahrspuren oder Parkplätzen**
- **Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung**

AFTER LIFE – KOMMENDE UND BLEIBENDE HERAUSFORDERUNGEN

Während der Projektlaufzeit von August 2016 bis November 2019 hat sich die Luftqualität in großen Teilen der Europäischen Union verbessert. Damit einhergehend sind die gesundheitlichen Risiken der Bevölkerung und die Belastung von Natur und Klima gesunken. Trotz der positiven Entwicklung belasten Stickoxide, Dieselruß und Feinstaub weiterhin die Luft – die Gesamtbelastung mit Luftschadstoffen in den Ländern der EU bleibt zu hoch. Die rechtsverbindlichen Grenzwerte werden an zahlreichen Orten in der EU nach wie vor überschritten.

Daher gilt es auch weiterhin für das Thema Luftreinhaltung zu sensibilisieren und die Bürgerinnen und Bürger über Ursache und Wirkung der Schadstoffe aufzuklären. Neue Allianzen können hier zu mehr öffentlichem Druck auf die Entscheidungsträger führen. Aber auch die juristische Auseinandersetzung bleibt ein wichtiges Instrument, um die Implementierung geltenden EU-Rechts zu erzielen. Die Erfahrungen zeigen, dass juristische Maßnahmen eine positive Wirkung haben können. Gerichtsverfahren und Urteile, ebenso wie der öffentliche Druck, bringen die Verwaltungen dazu, sich mit der Luftqualität und den Grenzwerten zu beschäftigen. Das LIFE Legal Actions Projekt brachten eine neue Dynamik in die Luftreinhaltungsplanung und Schwung und Kreativität in die Verwaltungen, die mit neuen Ideen und zusätzlichen Maßnahmen für einen umweltfreundlicheren Verkehr in den beklagten Städten sorgten.

Doch gesellschaftliche und politische Veränderungen brauchen Zeit. Die Kehrseite des juristischen Weges heißt daher: Verzögerung. Zwischen der Klageerhebung und einem rechtskräftigen Urteil vergehen oft Jahre. Während dieser Zeit müssen die Aktivitäten in den betroffenen Städten

und Bundesländern weiter beobachtet, begleitet und kommentiert werden. Diese Arbeit wird von den Projektpartnern fortgesetzt.

Leider zeigt sich, dass manche Behörden die rechtskräftigen Urteile teilweise nicht oder nur verzögert umsetzen. Um dem Entgegentreten, hat der Europäische Gerichtshof nun ein wegweisendes Urteil gesprochen (C-752/18), das in Zukunft die Umsetzung verwaltungsgerichtlicher Vorgaben – und damit die Implementierung von EU-Gesetzgebung – sicherstellt. Dieses Urteil wird in Zukunft durch die Projektpartner genutzt werden, um weitere Verzögerungen zu vermeiden. In einigen EU-Staaten gibt es nach wie vor Probleme mit der Umsetzung der Aarhus-Konvention, die den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sicherstellt, damit Einzelpersonen und Umweltverbände ihre Rechte auf Zugang zu Umweltinformationen und auf Verfahrensbeteiligung auch effektiv durchsetzen können. Auch Geldmangel und fehlende Finanzierung der Organisationen in anderen Ländern halten die Umweltschützer*innen in einigen EU-Staaten davon ab, ihre Rechte einzufordern. Nach wie vor werden in einigen Ländern nicht einmal ausreichend zuverlässige Daten zur Luftqualität und den Schadstoffkonzentrationen erhoben.

Der Weg zur sauberen Luft ist lang. Das LIFE Legal Actions Projekt hat gezeigt, dass es zusätzlicher Anstrengungen bedarf, damit die Luftqualität besser wird und die Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG in allen EU-Staaten eingehalten wird. Das LIFE Projekt hat das Bewusstsein über Luftschadstoffe erhöht und den Handlungsbedarf in vielen Ländern der europäischen Union offengelegt. Die Organisationen und Initiativen im Netzwerk des LIFE Projekts haben die Möglichkeiten gezeigt, die in den juristischen Verfahren für eine Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften stecken.

Um die Wirkung des Projektes nachhaltig zu gestalten, müssen die Kommunikation zur Luftbelastung, den Schadstoffen und ihrer Wirkung, die Netzwerkaktivitäten, Fachgespräche und Workshops ebenso wie fachlicher Austausch und Auseinandersetzungen mit politischen Entscheidungsträgern und Verwaltungen fortgeführt werden. Bereits beschlossene Maßnahmen müssen überwacht und die Realisierung von beschlossenen Maßnahmen muss sichergestellt werden. Die Öffentlichkeit muss weiterhin über staatliche Versäumnisse aber auch gelungene Beispiele und effektive und effiziente Maßnahmenplanung in der Luftreinhaltungspolitik aufgeklärt werden.

WIR KÄMPFEN WEITER FÜR IHR RECHT AUF SAUBERE LUFT!

Unser Engagement hört mit Projektende nicht auf. Unsere Unterstützung betroffener Bürgerinnen und Bürger und unser Engagement für den Umweltschutz europaweit werden fortgeführt. Die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Umweltorganisationen wird auch weiterhin gepflegt und ausgebaut. Angestoßene Verfahren werden mit fachlicher und juristischer Expertise begleitet. Durch den Austausch mit allen Beteiligten kämpfen wir weiter gemeinsam für die Umsetzung effektiver Maßnahmen und die schnellstmögliche Einhaltung der europaweit geltenden Grenzwerte.

DAS LIFE LEGAL ACTIONS PROJEKT IN ZAHLEN (IN DEN EU-STAATEN)

> neue Luftreinhaltepläne:

23



> nachgerüstete Busse mit funktionierender Abgasreinigung:



2.000



> neue Rechtsverfahren in der EU:

32

> Fördersumme „Sofortprogramm für saubere Luft 2017-2020“:

2.000.000.000

Euro



> beantwortete Bürgeranfragen:



2.000



> mit Hintergrundmaterialien erreichte Bürger*innen:



80.000



> mit Hintergrundmaterialien erreichte politische Entscheidungsträger*innen:



900

> Mediale Reichweite (TV, Internet und Print):

60.000.000

Nutzer*innen



> intensive Kooperationen mit NROs in Europa:

10



> Teilnehmer*innen an Workshops:

280



> Workshops in den EU-Staaten:

9

ÜBER DAS PROJEKT

Luftverschmutzung ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Trotz europaweit geltender Richtlinien werden Grenzwerte für Luftschadstoffe in vielen Städten und Ballungsräumen regelmäßig überschritten. Dies belastet die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und schadet unserer Umwelt und dem Klima. Mit dem Projekt **Right to Clean Air** setzen wir uns dafür ein, die Luftqualität in Europa signifikant zu verbessern. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. und die Frank Bold Society (FBS) treiben gemeinsam Luftreinhaltemaßnahmen in verschiedenen Quellbereichen voran und unterstützen rechtliche Schritte auf europäischer und nationaler Ebene. Das Projekt wird im Rahmen des LIFE-Programms von der EU Kommission gefördert.

Ein Projekt von:



Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) setzt sich als gemeinnütziger, klageberechtigter Verbraucherschutzverband seit 1975 für einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, Artenvielfalt und Landschaft ein.



Die nichtstaatliche Organisation Frank Bold Society (FBS) hat sich 1995 in Tschechien gegründet und bietet rechtliche Hilfe in Umweltklagen.

Finanziert durch:



Das LIFE-Programm der Europäischen Union unterstützt Projekte des Umweltschutzes und Klimaschutzes.

*Bilder: Stefan Germer/Fotolia (Statue Titel), Teodora D/Fotolia (HG Titel), DUH/Markus Bachmann (S. 4, S. 13), spuno/Fotolia (S. 16)
Icons: plutofrosti/Fotolia; n_eri, nexusby/beide stock.adobe.com*

Stand: 18.02.2020



Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Tel.: 030 2400867-0

Ansprechpartner

Robin Kulpa
Projektmanager Verkehr & Luftreinhaltung
Tel.: 030 2400867-751
E-Mail: kulpa@duh.de

www.duh.de

info@duh.de

[umwelthilfe](#)

[umwelthilfe](#)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende. www.duh.de/spenden

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX